



Sitzungsniederschrift

Gremium	Rat
Datum	Montag, 03.06.2024
Beginn	17:30 Uhr
Ende	21:30 Uhr
Ort	Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal 59302 Oelde

Vorsitz

Frau Bürgermeisterin Karin Rodeheger

Teilnehmende

Herr Norbert Austrup	bis 20:35 Uhr
Herr Achim Berkenkötter	
Herr Wolfgang Bovekamp	bis 20:20 Uhr
Frau Silvia Brede	
Herr Antonius Brinkmann	ab 18:20 Uhr
Herr Sebastian-Josef Brinkmann	
Frau Nadine Diekmann	
Herr André Drinkuth	
Frau Andrea Geiger	
Herr Alfons Grünebaum	
Herr Peter Hellweg	
Frau Kerstin Horstmann	
Frau Birgit Klashinrichs	
Herr Felix Knop	
Frau Barbara Köß	
Herr Dirk Leifeld	
Herr Sven Lilge	
Herr Ludger Lücke	
Frau Elisabeth Meinders-Koepfer	
Herr Bernhard Poppenberg	
Herr Thorsten Retzlaff	
Herr Niklas Ringhoff	
Herr J.-Francisco Rodriguez Ramos	
Herr Frank Rumpold	

Herr Uli Schwieder
Frau Maria Pia Scuderi
Herr Christoffer Siebert
Herr Peter Sonneborn
Herr Markus Westbrock
Herr Florian Westerwalbesloh
Frau Anne Wiemeyer
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert
Herr Michael Zummersch
Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Frau Heike Beckstedde
Herr Jan Bräutigam
Herr Volker Combrink
Herr Michael Jathe
Herr André Leson
Herr Jakob Schmid
Frau Melanie Wiebusch

Schriftführerin

Frau Andrea Westenhorst

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Herr Daniel Hagemeyer
Herr Winfried Kaup
Frau Hiltrud Krause
Herr Michael Poch
Herr Ludger Reckmann
Frau Manuela Steuer

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
1.	Einwohnerfragestunde	4
2.	Errichtung und Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinheit für Geflüchtete des Landes Nordrhein-Westfalen B 2024/I/5750	5
3.	Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft Am Ruthenfeld M 2024/I/5786	7
4.	Verschiedenes	10
4.1.	Mitteilungen der Verwaltung	10
4.2.	Anfragen an die Verwaltung	10

Frau Bürgermeisterin Rodeheger begrüßt die Damen und Herren des Rates der Stadt Oelde, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Frau Haunhorst von der Tageszeitung „Die Glocke“ und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Sie teilt mit, dass Herr Hagemeyer, Frau Krause, Herr Kaup, Herr Poch, Herr Reckmann und Frau Steuer nicht an der Sitzung teilnehmen können und stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist und gegen die ordnungsgemäße Einberufung kein Widerspruch erhoben wird.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger schlägt dem Rat der Stadt Oelde die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Einwohnerfragestunde“ aus Gründen der Dringlichkeit vor.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Einwohnerfragestunde“ als Tagesordnungspunkt 1. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger eröffnet die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Wohlbrück trägt im Namen verschiedener Anlieger*innen der Straße „Am Ruthenfeld“ und angrenzender Stichstraßen Bedenken und Sorgen hinsichtlich der geplanten Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft auf der Fläche „Am Ruthenfeld“ vor. Die Anwohner hätten den Eindruck, dass insbesondere im Oelder Norden entsprechende Unterkünfte eingerichtet sind und werden, im Gegensatz zu anderen Wohngebieten in der Kernstadt. Es werde eine „Ghettobildung“ befürchtet, so eine Anwohnerin. Bereits jetzt seien viele Polizeieinsätze an der Unterkunft „Am Ruthenfeld“ zu verzeichnen. Als Frau habe man Angst, an dem Gelände vorbeizufahren, von der Sorge um die Kinder ganz zu schweigen. Schon morgens seien die Bewohner der Unterkunft betrunken und würden Anwohner*innen anpöbeln. Eine Integration sei schon jetzt nicht möglich. Die Anwohner hätten einfach Angst. Die Sicherheitsbedenken werden vorgetragen.

Herr Schmid weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass in den Wohncontainern sowohl Geflüchtete als auch Obdachlose untergebracht seien. Ein Obdachloser falle regelmäßig durch Straftaten auf, er sei aktuell inhaftiert. Anhand eines Übersichtsplans verdeutlicht Herr Schmid, dass in Oelde keine Ballungszentren mit Flüchtlingsunterkünften bestehen, sondern eine gleichmäßige Verteilung über das gesamte Stadtgebiet und die Ortsteile erfolgt sei.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger bekräftigt, dass die Verwaltung die Sorgen und Bedenken der Anlieger*innen ernst nehme. Zugleich macht sie jedoch deutlich, dass eine schnelle Lösung gefunden werden müsse, um die Unterbringung weiterer Geflüchteter sicherstellen zu können.

Der Standort „Am Ruthenfeld“ wurde nach objektiven Kriterien, u. a. aufgrund der kurzfristigen Verfügbarkeit und der bestehenden Vollerschließung, ausgewählt.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger betont, dass die Zwischennutzung der Fläche mit entsprechender vertraglicher Regelung auf fünf Jahre begrenzt sei.

Es sei eine Pflichtaufgabe der Kommune, geflüchtete Menschen aufzunehmen und unterzubringen, so Frau Bürgermeisterin Rodeheger. Es sei Sorge dafür zu tragen, die Unterbringung verträglich und möglichst einvernehmlich zu gestalten. Das sei bisher zum größten Teil gelungen und dieser Weg solle weiter beschritten werden.

Ein weiterer Anlieger erkundigt sich, warum Rat und Verwaltung sich die Zentrale Unterbringungseinheit (ZUE) in Ibbenbüren angesehen hätten und nicht die Einrichtung in Soest. Dort gäbe es eine Ermittlerkommission, die sich ausschließlich mit Tatverdächtigen und Straftätern beschäftige. Ferner möchte er wissen, ob die Verwaltung sich auch mit der Kreispolizeibehörde abstimme. Dies bestätigt die Bürgermeisterin. Man habe sich die ZUE in Ibbenbüren angesehen, weil diese Einrichtung auch von der Bezirksregierung Münster betrieben werde, ebenso wie es dann auch in Oelde der Fall wäre. Die Einrichtung in Soest falle in eine andere Zuständigkeit.

Verschiedene Einwohner*innen beklagen das fehlende Mitbestimmungsrecht in der Sache. Frau Bürgermeisterin Rodeheger erklärt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner vom Rat der Stadt Oelde vertreten würden. Sie verweist auf die anstehenden Informationen und Beratungen zu den folgenden Tagesordnungspunkten, die sicherlich einige Fragen beantworten würden. Darüber hinaus würden in Kürze Öffentlichkeitsveranstaltungen zu beiden Maßnahmen stattfinden.

Die heutige Ratssitzung diene der ersten Information und Vorbereitung für die erforderlichen Ratsbeschlüsse, die dann in der Sitzung am 01. Juli 2024 gefasst werden sollen.

2. Errichtung und Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinheit für Geflüchtete des Landes Nordrhein-Westfalen

B 2024/I/5750

Herr Schmid führt anhand der Sitzungspräsentation (siehe Folien Nrn. 3 bis 22) in die Thematik ein (weitere Informationen siehe Inhalt der Sitzungsvorlage). Er erläutert den Aufbau und die Organisation einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) und erklärt die Auswirkungen einer ZUE für die Stadt Oelde. Weiter stellt er den geplanten Standort am Westrickweg und den Zeitplan vor.

Die Stadt pachte rund 13.000 qm Fläche eines Dritteigentümers über eine Laufzeit von 10 Jahren und verpachte diese Fläche und die angrenzenden städtischen Flächen dann an das Land NRW zur Errichtung und zum Betrieb einer ZUE.

Herr Jathe ergänzt die Ausführungen um Erläuterungen zur Entlastung der Unterbringungssituation in der Stadt Oelde, der Kindertagesstätten und Tagespflegestellen und des Schulsystems, damit einhergehend auch Entlastung des Fachdienstes Schule, des Jugendamtes und der Volkshochschule.

Herr Bovekamp erkundigt sich, ob es denkbar sei, die ZUE über 10 Jahre hinaus weiter zu betreiben und ob innerhalb der Stadtgesellschaft Kontakte geknüpft würden, um eine Annäherung zwischen den Oelderinnen und Oeldern und den geflüchteten Personen zu ermöglichen.

Herr Schmid teilt dazu mit, dass die Einbindung des Ehrenamtes vor Ort ein Teil des Betreiberkonzeptes sei. Zum Betrieb der ZUE über 10 Jahre hinaus stellt Frau Bürgermeisterin Rodeheger klar, dass niemand die Situation in 10 Jahren auch nur annähernd abschätzen könne.

Herr Retzlaff erkundigt sich für die FWG-Fraktion, ob die Bezirksregierung Münster sich verbindlich für den Standort Oelde entschieden habe. Dazu teilt Frau Bürgermeisterin Rodeheger mit, dass die Bezirksregierung großes Interesse zeige. Es würden dringend Standorte gesucht. Herr Schmid ergänzt, dass die Bezirksregierung nicht in die Planung einsteige, wenn der Rat sich gegen die Errichtung einer ZUE in Oelde ausspreche.

Herrn Retzlaff und Herrn Knop reichen die vorliegenden Zahlen und Informationen für eine Entscheidung nicht aus. Es sei zugesagt worden, Ergebnisse aus den Gesprächen mit der Polizeibehörde und anderen Kommunen vorzulegen. Gerade in Soest mache die Stadt mit der ZUE ganz andere Erfahrungen als Ibbenbüren. Die Öffentlichkeitsarbeit zur ZUE sei nicht mit einem Termin zu erledigen. Der Zeitraum für eine Beschlussfassung bereits am 01. Juli 2024 sei deutlich zu kurz.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger betont erneut, dass der vorrangige Austausch mit der Stadt Ibbenbüren erfolgt sei, weil die ZUE dort genau wie es dann in Oelde der Fall wäre, von der Bezirksregierung Münster betrieben werde. Gleichwohl stehe die Verwaltung ebenso im Austausch mit der Stadt Soest.

Herr Wiesch erkundigt sich nach den Personengruppen, die in der ZUE untergebracht würden und fragt konkret, ob es sich auch um Familien handeln könne. Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt mit, dass die Stadt keine Einflussnahme auf die Belegung der ZUE habe.

Frau Meinders-Koeper ist der Auffassung, dass es sich erfahrungsgemäß um junge alleinreisende Männer handele und keine Familien. Sie sieht hier gravierende Probleme und sie frage sich, wie eine Stadt so eine Aufgabe schaffen solle.

Frau Bürgermeisterin betont, dass es sich um genau die gleichen Menschen handele, die anderenfalls zeitversetzt der Stadt Oelde als Flüchtlinge zugewiesen würden. Eine ZUE sei eine reine „Zwischenverteilstation“. Die Betreuungsintensität, die durch den Betreiber einer ZUE täglich rund um die Uhr sichergestellt werde, könne die Stadt für eigene Flüchtlingsunterkünfte nicht leisten. Möglich sei jedoch, dass der Rat finanzielle Mittel für mehr Personal zur Betreuung der Geflüchteten in städtischen Einrichtungen zur Verfügung stelle, wenn die Stadt durch die Einrichtung einer ZUE an anderer Stelle entlastet werde.

In dem Zusammenhang erinnert Frau Köß daran, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr eine halbe Stelle zusätzlich zur Integration von Geflüchteten beantragt habe, dieses aber aufgrund der Empfehlung der Verwaltung keine Mehrheit gefunden habe. Aufgrund der Aussage von Frau Bürgermeisterin Rodeheger am heutigen Tage sei hierzu wohl eine geänderte Meinung zu erwarten.

Auf Anfrage von Frau Köß teilt Herr Schmid mit, dass die Aufnahmeverpflichtung der Stadt Oelde um die Anzahl der Plätze der ZUE sinke. Herr Bräutigam ergänzt, dass sich die Quote somit um 400 Personen reduziere.

Oelde habe aktuell ein Soll von 500 Personen. 476 Geflüchtete sind derzeit in Oelde untergebracht. Durch die Einrichtung einer ZUE würden bis zu einer Zahl von 400 Personen keine weiteren Zuweisungen an die Stadt Oelde erfolgen.

Herr Knop erkundigt sich erneut, ob von der Bezirksregierung eine verbindliche Entscheidung vorliege. Frau Bürgermeisterin Rodeheger führt aus, dass keine verbindliche Zusage vorliege, aber sehr großes Interesse an dieser Möglichkeiten bestehe. Vertreter der Bezirksregierung Münster würden auch an der Öffentlichkeitsveranstaltung zur ZUE am 10. Juni 2024 teilnehmen, was das deutliche Interesse unterstreiche.

Auf Anfrage von Frau Meinders-Koeper bestätigt Frau Bürgermeisterin Rodeheger, dass die Maximalbelegung der ZUE bei 400 Personen liege. Herr Westbrock empfiehlt das Lesen des Betreiberkonzeptes (siehe Anlage zur Beschlussvorlage), aus dem zu entnehmen sei, dass die Aufnahmequote für Oelde immer um 400 sinke, auch wenn die ZUE beispielsweise nur mit 100 Personen belegt sei.

Herr Zurbrüggen weist auf eine erwartbare hohe Kriminalitätsbelastung hin. Ferner kritisiert er die Beschlussvorlage, die lediglich die Kenntnisnahme als Beschlussfassung beinhalte, aber mit Blick auf die Agenda doch einen deutlich vorentscheidenden Charakter habe.

Herr Grünebaum berichtet von seinen positiven Erfahrungen als Nachbar einer städtischen Flüchtlingsunterkunft. Er habe seine Lebensweise bisher nicht deswegen ändern müssen. Im Vergleich dazu biete sich ein Blick auf die erforderliche sehr hohe Polizeipräsenz in Fußballstadien an.

Frau Geiger bittet um die Zusammenfassung der Zahlen zur aktuellen Flüchtlingsunterbringung in Oelde. Herr Schmid verweist dazu auf die Folie Nr. 25 der Sitzungspräsentation mit Kennzeichnung der Standorte und Belegungszahlen. Aktuell sind in Oelde 476 Geflüchtete in städtischen Einrichtungen untergebracht; 160 Personen aus der Ukraine seien darüber hinaus privat untergebracht.

Herr Wiesch stellt die Frage, welche Menschen in der ZUE untergebracht würden. Es seien Menschen, denen es nicht gut gehe. Es stehe jedem gut zu Gesicht, hier aktiv an der Verbesserung der Situation mitzuarbeiten und zu helfen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde nimmt die Ausführungen zur Errichtung und zum Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinheit für Geflüchtete zur Kenntnis.

3. Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft Am Ruthenfeld M 2024/I/5786

Herr Schmid informiert die Ratsmitglieder anhand der Sitzungspräsentation (Anlage zur Niederschrift, Folien Nrn. 23 – 31) über die Planungen zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft Am Ruthenfeld.

Frau Meinders-Koepfer weist darauf hin, dass die Anwohner*innen besonders unter den Belästigungen und Straftaten des in der Unterkunft Am Ruthenfeld untergebrachten Obdachlosen leiden. Dieser Mensch agiere unkontrolliert und verbreite Angst, ganz besonders auch unter den Jugendlichen und Kindern. Die Situation sei ernst. Frau Bürgermeisterin Rodeheger sagt zu, dass sich die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Ordnungs- und Polizeibehörden kümmere.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger betont, dass die Flüchtlingsunterkunft eine temporäre Einrichtung werde, eine Zwischenlösung für die Dauer von fünf Jahren. Im Anschluss werde Planungsrecht für eine Wohn- und Gewerbenutzung an der Stelle geschaffen.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger und Herr Schmid beantworten noch verschiedene Einzelfragen zur Ausführung und zur Nutzungsdauer. Herr Knop möchte konkret wissen, ob nach Ablauf von fünf Jahren die Unterkunft geschlossen werde. Frau Bürgermeisterin Rodeheger führt aus, dass der Grundstückseigentümer den Vertrag mit der Stadt Oelde kündigen und einer anderen Nutzung zuführen könne. Dennoch könne niemand fünf Jahre vorausschauen.

Herr Drinkuth weist darauf hin, dass der Rat der Stadt Oelde in seiner Sitzung am 18. Dezember 2023 Mittel freigegeben habe für die Erweiterung der Flüchtlingsunterkünfte am Westrickweg und fragt, ob nun ein neuer Ratsbeschluss für die Maßnahme Am Ruthenfeld erforderlich sei. Frau Bürgermeisterin Rodeheger verneint dies, da die Mittel bereitgestellt wurden für die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften.

Auf Anfrage von Frau Scuderi teilt Frau Bürgermeisterin Rodeheger mit, dass noch in diesem Jahr mit dem Bau der Unterkunft begonnen werden soll. Frau Scuderi weist auf die Stagnation der Flüchtlingszahlen in Oelde hin; diese lägen stets rund um die 600 Personen. Es sei daher nicht nötig, überschüssige Plätze zu schaffen. Frau Bürgermeisterin Rodeheger betont, dass ein erheblicher Druck zur Schaffung von Unterkünften allerorten bestehe.

Frau Scuderi ist der Meinung, dass sich die Flüchtlingspolitik nach den Kommunalwahlen und der Bundestagswahl durchaus ändern könne und dies Auswirkungen auf die Erforderlichkeit einer ZUE in Oelde haben könne. Frau Bürgermeisterin Rodeheger betont, dass eine geänderte Flüchtlingspolitik zunächst keinen Einfluss auf die Flüchtlingszahlen habe. Sie möchte unbedingt vermeiden, dass geflüchtete Menschen in Oelde in Turnhallen untergebracht werden müssen.

Frau Brede möchte wissen, wohin die Personen, die aktuell in der Unterkunft am Westrickweg wohnen, auf Dauer umziehen müssten. Dazu führt Frau Bürgermeisterin Rodeheger aus, dass ein vollständig gemeinsamer Umzug an einen anderen Standort wohl nicht möglich sein werde. Vielmehr würden die Plätze Am Ruthenfeld schon früher für Neuzuweisungen benötigt.

Auf Anfrage von Frau Köß bestätigt die Bürgermeisterin, dass auch die Stadt Oelde die gleichen vertraglichen Rechte wie der Grundstückseigentümer habe.

Herr Westbrook sieht Schwierigkeiten nicht in den unterschiedlichen Nationalitäten, vielmehr seien Probleme aufgrund der Verdichtung von Menschen zu erwarten. Wo viele Menschen auf engem Raum leben müssten, entstünden Konflikte.

Auf Anfrage von Frau Köß führt Herr Jathe aus, dass für den Fall, dass die ZUE nicht entstehe, nicht nur die Unterkunft Am Ruthenfeld entstehen werde, sondern wahrscheinlich in jedem Quartal über weitere Standorte zu entscheiden sei, denn die Flüchtlingsströme ebbten nicht ab.

Herr Siebert kann die Bedenken der Anwohner*innen sehr gut nachvollziehen und bittet darum, die Sorgen und Ängste ernst zu nehmen. In einer möglichen Unterkunft Am Ruthenfeld würden viele Menschen dann auf einer relativ überschaubaren Parzelle zusammenleben müssen, was entsprechendes Konfliktpotential mit sich bringe. Er könne die Vorbehalte emotional sehr gut verstehen, das Lebensgefühl der Bewohner leide. Herr Siebert hält es für sinnvoll, nach einem anderen Standort zu suchen.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger betont, dass sie persönlich und die Verwaltung die Sorgen der Menschen sehr ernst nähmen.

Herr Knop ist die verbindliche Zusage der Bezirksregierung Münster für die Entscheidungsfindung sehr wichtig und bittet die Verwaltung, entsprechend zu intervenieren.

Herr Schmid teilt dazu mit, dass im Planungsrecht Sicherheiten liegen würden. Aber die Bezirksregierung werde sicher nicht in die Planungen einsteigen, wenn der Rat der Stadt Oelde gegen die Errichtung einer ZUE sei.

Herr Siebert weist darauf hin, dass ca. 15 bis 18 Monate bis zur Inbetriebnahme der ZUE vergehen würden und er frage sich, ob es sinnvoll sei, ein Zeitfenster in den Grundsatbeschluss aufzunehmen. Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt mit, dass es sich um ein realistisches Zeitfenster handele. Darüber hinaus gelte: je länger das Zeitfenster, desto länger gebe es weitere Zuweisungen für Oelde.

Frau Köß betont, dass abgestimmt worden sei, dass die Bezirksregierung zumindest Projektskizzen vorlege. Nun solle der Rat der Stadt Oelde aber in Vorleistung gehen. In diesem Zusammenhang spricht Frau Köß auch fehlende Anstrengungen zur Schaffung von sozialem Wohnraum an. Sie könne keine Ideen oder Planungen dazu wahrnehmen und sieht hier ganz besonders auch den Bauverein Oelde in der Pflicht. Frau Bürgermeisterin Rodeheger entgegnet, dass bereits deutliche Schritte in die richtige Richtung erfolgen würden und die Verwaltung entsprechende Anstrengungen auch weiter vom Bauverein einfordere.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde nimmt die Ausführungen zur geplanten Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft Am Ruthenfeld zur Kenntnis.

4. Verschiedenes

4.1. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

4.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Drinkuth verweist auf die seitens der CDU-Fraktion im Vorfeld zur Sitzung eingereichten Fragen zur möglichen Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete (Anfrage siehe Anlage zu TOP 4.2).

Herr Schmid beantwortet die Fragen wie folgt:

Derzeit werde durch eine gemeinsame europaweite Ausschreibung von 14 Bundesländern ein Zahlungsdienstleister gesucht. Die Teilnahmefrist sei abgelaufen; der Zuschlag werde im Sommer erwartet.

Das Land NRW (MKJFGFI) habe in einer vom Städte- und Gemeindebund ausgerichteten Videokonferenz am 17.05.24 mitgeteilt, dass im Anschluss eine landesweite Einführung vorgesehen sei. Dafür sei eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum Asylbewerberleistungsgesetz erforderlich. Seitens der Kommunen werde eine kostenneutrale Einführung erwartet (sog. Konnexitätsprinzip).

Herr Schmid teilt abschließend mit, dass das Ergebnis der Ausschreibung und die Änderung des AG AsylBLG abzuwarten sei.

Herr Drinkuth bedankt sich für die Ausführungen. Eine einheitliche Regelung sei sinnvoll, leider verzögere sich jedoch nun das Verfahren. Auf Nachfrage von Herrn Siebert, ob zu gegebener Zeit ein neuer Ratsbeschluss zu treffen sei, teilt Herr Bräutigam mit, dass der Abschluss des Verfahrens erst abzuwarten sei, da etwaige Bundes- und Landesbeschlüsse die kommunalen Ratsbeschlüsse brechen würden.

gez. Karin Rodeheger
Bürgermeisterin

gez. Andrea Westenhorst
Schriftführerin